

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir sind heute hier, um ein klares Zeichen gegen den immer skandalöseren Umgang mit geflüchteten Menschen und gegen eine inhumane Abschiebep Praxis zu setzen.

Nur 30 km von hier entfernt befindet sich in Büren der größte Abschiebeknast Deutschlands. Dass es solche Einrichtungen überhaupt gibt, ist für sich genommen schon ein Skandal und kann von uns nicht akzeptiert werden. Es darf nicht sein, dass Menschen präventiv eingesperrt und wie Verbrecher behandelt werden. Menschen, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen.

100 Jahre Abschiebehaft bedeutet 100 Jahre Entrechtung, 100 Jahre Menschenverachtung, 100 Jahre Rassismus.

Aber anstatt diese Sauerei zu beenden und die unsägliche Geschichte der Abschiebehaft in Deutschland aufzuarbeiten, wurde die entsprechende Gesetzeslage erst kürzlich von der großen Koalition noch einmal deutlich verschärft.

Das unter der Regie von Innenminister Seehofer vorangetriebene und im Juni verabschiedete sogenannte „Migrationspaket“ ist ein Katalog der Grausamkeiten, der nur so strotzt von Menschenverachtung und Anbiederung an Rassisten und skrupellose Ordnungsfanatiker.

So wurde durch die gesetzliche Neuregelung die Grundlage dafür geschaffen, Schutzsuchende in regulären Haftanstalten in Abschiebehaft zu nehmen. Diese Aufhebung des sogenannten Trennungsgebots ist laut einhelliger Expertenmeinung europarechtswidrig und stellt eine gravierende Entrechtung von Geflüchteten dar.

Ausgelastet werden sollen diese zusätzlichen Kapazitäten scheinbar durch eine drakonische Ausweitung der Haftgründe und der Definition von „Fluchtgefahr“. So dürfte es mittlerweile kaum noch ausreisepflichtige Schutzsuchende geben, auf die die Kriterien für Abschiebehaft nicht zutreffen.

Darüber hinaus wurde durch das Gesetzespaket eine neue Duldungskategorie eingeführt, die die Rechte von Schutzsuchenden weiter einschränkt, sollten diese nicht aktiv genug an ihrer eigenen Abschiebung mitwirken - zum Beispiel durch das Beschaffen fehlender Identitätsdokumente. Ihnen wird es nun pauschal verboten zu arbeiten oder eine Ausbildung anzufangen. Außerdem bekommen sie eine Wohnsitzauflage und Bußgelder aufgebürdet, die für die meisten

Geflüchteten sicher nicht zahlbar sind. Ein menschenwürdiges Leben ist so nicht mehr möglich. Jede Form von Integration wird so verhindert, was offenbar das Ziel konservativer Scharfmacher ist. Das Gegenteil davon wäre notwendig: mehr und bessere Angebote zur Integration von Anfang an.

Selbst anerkannte Schutzsuchende haben durch das neue Gesetz ihren Anspruch auf Sozialleistungen komplett verloren, sollten sie aus einem anderen EU-Staat nach Deutschland gekommen sein. Das Kalkül ist klar: Die Menschen sollen regelrecht ausgehungert und aus dem Land getrieben werden.

Die Koalition begründet diese drastischen Maßnahmen mit „Vollzugsdefiziten“ bei Abschiebungen. Doch fehlt jeder statistische Beleg dafür, im Ausländerzentralregister herrscht Chaos. Viele dort als ausreisepflichtig erfasste Personen haben eine Duldung wegen familiärer Bindungen, weil sie eine Ausbildung machen oder weil in ihrem Land Krieg herrscht. Andere sind längst freiwillig ausgewandert.

Hier wird mit falschen Zahlen gezielt ein Notstand suggeriert und Stimmung gegen Geflüchtete gemacht. So wird Rassismus geschürt und die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben. Damit ist die große Koalition zur willfährigen Helferin der AfD geworden, die mit derartiger Hetze und rassistischer Symbolpolitik die Schwachen in unserer Gesellschaft gegen die Schwächsten ausspielt.

Wir als LINKE lehnen Asylrechtsverschärfungen ab. Die Praxis der Abschiebehäft muss abgeschafft und alle Abschiebeknäste müssen geschlossen werden. Wir fordern ein Bleiberecht für alle Menschen, die in Deutschland Schutz vor Krieg, Terror, Klimawandel, Hunger, Armut und Verfolgung suchen.

Fluchtursachen müssen bekämpft werden, nicht Geflüchtete. Das bedeutet Kampf gegen Militarismus und Krieg. Kampf gegen Armut und Ausbeutung. Ein Kampf für Solidarität und Gerechtigkeit überall.